

Bern Stadt

BZ-Stadt Bern

*Häuserbesetzungen*

## **Politiker setzen Stadt unter Druck**

*Seit 7 Jahren vermittelt die Stadt gelegentlich bei Häuserbesetzungen zwischen Besetzern und Besitzern. Während die SVP den «Missbrauch» der Zwischennutzungen beklagt, will die SP deren Ausbau verlangen.*

### **- Bernhard Ott**

Wird in der Stadt Bern ein Haus besetzt, ist Peter Steiner rasch informiert: «Von den routinierten Besetzern werde ich meist per Velokurier benachrichtigt», sagt der Bereichsleiter der städtischen Liegenschaftsverwaltung. Im Gepäck des Kuriers befindet sich gemäss Steiner oft der Gemeinderatsbeschluss von 1994, der eine Vermittlung der Stadt bei Hausbesetzungen verlangt. Meist würden die jungen Leute aber übersehen, dass gemäss Beschluss lediglich auf beiderseitigen Wunsch vermittelt werden kann, sagt Steiner. «Wird ein Haus aus Privatbesitz besetzt, vermittele ich nur, wenn dies der Hauseigentümer auch wünscht.»

### **«Wildes Treiben» ...**

Die Vermittlungsrolle der Stadt ist jüngst erneut unter politischen Beschuss geraten: In einer Interpellation beklagt die SVP-Fraktion im Stadtrat den «Missbrauch» und die «meist negativen Erfahrungen» mit den Zwischennutzungen. So ortet die SVP-Fraktion bei der Wohngemeinschaft an der Zieglerstrasse 9 «wildes Treiben» und «desolate Zustände» wie Dreck und Lärmimmissionen. Die Partei verlangt nun von der Stadt «eine strengere Haltung gegenüber fehlbaren Zwischennutzern».

Was der SVP zu weit geht, ist der SP zu wenig: Stadträtin **Corinne Mathieu** will bis Mitte März einen Vorstoss einreichen, mit dem die Diskussion um die Zwangsnutzung privaten Wohnraums neu lanciert wird. «Die Stadt soll private Hauseigentümer dazu veranlassen, Zwischennutzungsverträge mit Besetzergruppen abzuschliessen», sagt **Mathieu** auf Anfrage.

**Mathieus** Idee ist nicht neu: Im Juni 1999 hatten die Stadtberner Stimmenden mit einem Stimmenverhältnis von drei zu zwei das so genannte «Wohnnutzungsreglement» (WoR) abgelehnt. Mit dem WoR sollten private Hauseigentümer in Zeiten der Wohnungsnot gezwungen werden, leerstehenden Wohnraum zu vermieten. Das WoR ging auf die «Wohninitiative» der Jungen Alternative (JA) zurück. Für JA-Stadtrat Blaise Kropf liegt das Abstimmungsergebnis denn auch «zu wenig weit zurück, um wieder dasselbe zu fordern».

### **... oder legitimes Bedürfnis**

Angesichts der «markanten Verjüngung» der Stadt rechnet Kropf indes wieder mit einer steigenden Nachfrage nach temporär nutzbarem Wohnraum, zum Beispiel für Studierende. Kropf verlangt denn auch, dass die Stadt die Zwischennutzung bei den Hauseigentümern auch «propagieren» sollte. An einer Veranstaltung im April will die JA über allfällige Vorstösse im Stadtparlament zum Thema beraten.

Dem Bedürfnis nach Wohnraum für Studierende kommt die Stadt aber schon heute ein Stück weit entgegen. In Zusammenarbeit mit der studentischen Wohnungsvermittlung komme es gelegentlich zu Verträgen, sagt Peter Steiner. In seiner Antwort auf die SVP-Interpellation zählt der Gemeinderat nicht weniger als acht Liegenschaften auf, die momentan zwischengenutzt werden.

Bei Häuserbesetzungen hingegen lehnen die privaten Hauseigentümer Verhandlungen mit den Besetzern «in der Regel» ab, sagt Steiner. Die Besetzer würden aber meist ausziehen, bevor die Polizei zum Einsatz kommt. «Oft gibt es einen Deal: Der Eigentümer verzichtet auf eine Anzeige, falls die Besetzer freiwillig ausziehen», weiss Steiner.

### **Keine Polizeieinsätze mehr**

Nur Positives über die Vermittlerrolle der Stadt bei Hausbesetzungen weiss die Stadtpolizei zu berichten: «Wir sind seit zwei Jahren nicht mehr zu Räumungen ausgerückt», sagt Sprecher Beat Gross. Die «unschönen Bilder» von Räumungsaktionen gehörten zum Glück der Vergangenheit an, sagt Gross. u